

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Demokratie

Jourová warnt vor russischen Desinformationskampagnen

>> 3

Kiew-Besuch

Von der Leyen sagt der Ukraine weitere Hilfen zu

>> 4

Europa vor Ort

Vorzeigeprojekt zur Batterie-zellenproduktion startet 2025

>> 6

■ AACHENER KARLSPREIS

Von der Leyen würdigt Präsident Selenskyj und das ukrainische Volk

Stellvertretend für das ukrainische Volk ist Präsident Wolodymyr Selenskyj in Aachen mit dem Karlspreis ausgezeichnet worden. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen würdigte in ihrer Ansprache die Standhaftigkeit Selenskyjs und des ukrainischen Volkes nach dem russischen Überfall und erklärte: „Wegen Ihres Mutes und Widerstandskraft, Ihrer Opfer und Ihrer Werte kann ich mir keinen würdigeren Träger dieses Karlspreises vorstellen als Präsident Selenskyj und die Menschen der Ukraine. Die Ukraine hat der Welt gezeigt, wie stark ihre Gesellschaft ist. Ihr unbändiger Freiheitswille hat die Welt verblüfft.“

Der *Internationale Karlspreis zu Aachen* erinnert an Karl den Großen als Vater Europas. Die Auszeichnung wird seit 1950 vergeben.

[Auszeichnung](#)



Margrethe Vestager (links) informiert sich bei LAT-Geschäftsführerin Larissa Zeichhardt darüber, wie das mittelständische Unternehmen seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den digitalen Wandel fit macht.

© European Union, 2023

■ EUROPÄISCHES JAHR DER KOMPETENZEN

EU setzt auf Weiterbildung gegen Fachkräftemangel

Ein Jahr im Zeichen von Lernangeboten, Mobilität und der Anerkennung von Qualifikationen: Mit dem diesjährigen Europatag ist die EU ins Europäische Jahr der Kompetenzen gestartet. Es soll den EU-Bürgerinnen und -Bürgern Perspektiven für hochwertige Jobs aufzeigen und helfen, den Fachkräftemangel zu beheben.

Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU und zuständig für das Ressort „Ein Europa für das digitale Zeitalter“, erklärte in Berlin: „Wir können die besten Technologien für unseren grünen und digitalen Wandel haben, aber sie nützen uns nichts, wenn wir nicht die Fähigkeiten besitzen, sie zu nutzen. Wir müssen unsere europäischen Arbeitskräfte mit Fähigkeiten ausstatten, die den Anforderungen des Marktes entsprechen.“

Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, ergänzte in seiner Ansprache zur Auftaktveranstaltung des Europäischen Jahres der Kompetenzen in Brüssel: „Wir müssen sicherstellen, dass jeder, der sich weiterbilden möchte, auch die passende Gelegenheit dazu erhält.“

Vestager besuchte in Berlin den mittelständischen Anlagenbauer LAT. Das Unternehmen ist unter anderem spezialisiert auf Verkehrstechnik. Der

schnelle Wandel in der Mobilitätsbranche zeige die Notwendigkeit zur steten Weiterentwicklung, erklärte Vestager bei ihrem Unternehmensbesuch am Berliner Ostkreuz. LAT-Chefin Larissa Zeichhardt sagte: „Wir setzen auf Weiterbildung, weil sich alles ändert.“

Das Beispiel belegt: Digitalisierung und der Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft stellen neue Anforderungen an Unternehmen und Beschäftigte. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte daher vorgeschlagen, Aus- und Weiterbildung zu stärken und 2023 zum *Europäischen Jahr der Kompetenzen* zu erklären.

Von der Leyen *betonte*: „Kompetenzen sind das A und O für unseren Binnenmarkt und für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Wir müssen besser darin werden, qualifiziertes Personal für unseren Binnenmarkt zu gewährleisten.“

>>

“
Kompetenzen bedeuten Arbeitsplätze, hochwertige Arbeitsplätze.
 „
Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte

Auftakt zum Europäischen Jahr mit EU-Kommissar Nicolas Schmit

Der grüne und digitale Wandel, demografische Veränderungen, die Auswirkungen der Pandemie und der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine stellen den Arbeitsmarkt in der EU vor zahlreiche Herausforderungen. Gegensteuern will die EU mit Initiativen zur Stärkung von Kompetenzen. Zum Auftakt des Europäischen Jahres der Kompetenzen kommt Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, am 24. Mai ins Europäische Haus nach Berlin, um mit Gästen die Frage zu erörtern: „Europäisches Jahr der Kompetenzen – Wie sieht die Umsetzung in Deutschland aus?“

Neben Schmit sprechen unter anderem Rainer Robra, Chef der Staatskanzlei und Minister für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt sowie derzeit Vorsitzender der Europaministerkonferenz 2022/2023, Anette Kramme, Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Sabine Döring, Staatssekretärin im Bundesministerium für Bildung und Forschung. Die Veranstaltung am 24. Mai beginnt um 17 Uhr.

[Anmeldung](#)

>>

Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, setzt die EU-Kommission unter anderem auf:

Lebenslanges Lernen: Um 3,5 Millionen ist der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter in der EU zwischen 2015 und 2020 zurückgegangen. Bis 2050 wird sich diese Zahl auf 35 Millionen Menschen verzehnfachen. Das geht aus dem *Demographiebericht 2020* der EU-Kommission hervor. Die Kommission setzt dem Fachkräftemangel gezielte Initiativen entgegen. So startete sie eine *Initiative zur Talentförderung*, um dem demografischen Wandel in bestimmten Regionen Europas zu begegnen. Zudem legte sie eine *Europäische Kompetenzagenda* vor, um die Weiterbildung zu fördern. Neben Lernkonten für Fortbildungen von Beschäftigten gilt das Ziel, dass bis Ende des Jahrzehnts mindestens 60 Prozent der Erwachsenen in der EU jährlich an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen können.

Digitale Fähigkeiten: Zwei Drittel der Unternehmen beklagen, dass fehlende IT-Kenntnisse mögliche Investitionen hemmen. Die

Kommission stellte deshalb im April eine *Initiative zur Verbesserung der digitalen Kompetenzen* vor, um den Zugang zu Fortbildungen zu erleichtern. Zugleich präsentierte sie Empfehlungen für die digitale Weiterbildung. Vestager bekräftigte: „Wir müssen uns bei digitalen Kompetenzen viel mehr ins Zeug legen und sie genauso ernst nehmen wie Lesen und Schreiben.“

Grüne Kompetenzen: Die Mitgliedstaaten billigten im vergangenen Jahr eine Initiative der EU-Kommission zum *Lernen für den grünen Wandel und die nachhaltige Entwicklung*. Das Ziel: Beschäftigte für die besonderen Herausforderungen nachhaltiger Technologien zu schulen. Zum Beispiel werden in Chemnitz Beschäftigte eines Kohlekraftwerks aus Mitteln des *EU-Fonds für einen gerechten Übergang* für den Umgang mit der Technik erneuerbarer Energien trainiert.

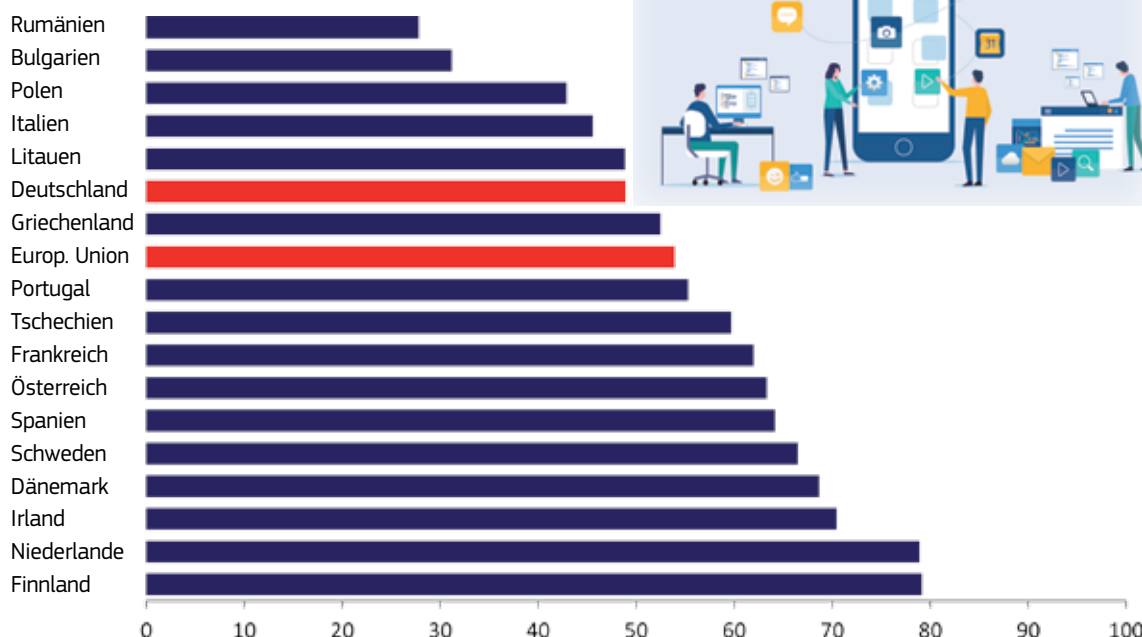
BILDUNG ALS POLITISCHER SCHWERPUNKT

Für Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen stellt die EU Mittel aus mehreren Förderprogrammen bereit. So erhält der *Europäische Sozialfonds Plus* (ESF+), das wichtigste Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramm der EU, für die Haushaltsjahre 2021 bis 2027 rund 99 Milliarden Euro. Im Rahmen des Corona-Aufbaufonds sind 20 Prozent der Sozialausgaben für den Bereich Beschäftigung und Weiterbildung bestimmt. Aus dem Fonds für einen gerechten Übergang – Just Transition Fund (JTF) – fließen rund 2,5 Milliarden Euro nach Deutschland, um in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen die Folgen des Ausstiegs aus der Kohle zu bewältigen. (pr)

[Start ins Europäische Jahr 2023](#)

Digitale Kenntnisse in der EU

EU-Bürgerinnen und -Bürger mit grundlegenden oder mehr als grundlegenden allgemeinen digitalen Fähigkeiten in ausgewählten Mitgliedstaaten, Stand: 2021



Quelle: Eurostat; Bild: Shutterstock

■ DEMOKRATIE

Jourová warnt vor russischen Desinformationskampagnen

Věra Jourová, Vizepräsidentin der EU-Kommission, hat im Europäischen Haus in Berlin vor den Folgen russischer Desinformationskampagnen gewarnt. „Deutschland ist das Schlachtfeld eines Kriegs der Worte“, sagte Jourová bei der Veranstaltung „Demokratie verteidigen im Angesicht des russischen Krieges – welche Rolle für die EU, Deutschland und Sie?“

Im Februar hatte der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) einen neuen [Bericht](#) über ausländische Desinformationskampagnen in der EU vorgestellt. Demnach nutzt vor allem Russland Falschnachrichten im Umfeld seines Angriffskriegs gegen die Ukraine. Russland nehme besonders Deutschland ins Visier, erläuterte Jourová in einem Interview mit der „Bild am Sonntag“ und ergänzte: „Sie wissen, dass sie die gesamte EU schwächen werden, wenn sie Deutschland brechen.“ Jourová hatte während ihrer zweitägigen Reise nach Berlin unter anderem Kulturstaatsministerin Claudia Roth getroffen und über das europä-

ische Medienfreiheitsgesetz – European Media Freedom Act – gesprochen. Die Regelung zielt auf europaweit einheitliche Regelungen zur redaktionellen Unabhängigkeit und Standards zur Medienaufsicht.

[Kampf gegen Desinformation](#)



© European Union, 2023

■ REGIONALE HERKUNFT

EU schützt Schwarzwälder Kuckucksuhren und Solinger Messer

Die Europäische Union stellt künftig auch handwerkliche und industrielle Produkte wie etwa Messer aus Solingen oder Schwarzwälder Kuckucksuhren unter Schutz. Eine entsprechende [Initiative](#) der EU-Kommission billigten Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament. Die neuen Regeln erlauben, Produkte wie Glaswaren, Textilien oder Möbel aus regionaler Herstellung mit einem Schutz-Siegel zu versehen. Die Waren genießen bereits einen guten Ruf, doch fehlte den Herstellern bisher eine EU-Regelung zur Anerkennung des geistigen Eigentums. Thierry Breton, EU-Kommissar für den Binnenmarkt, [betonte](#): „Viele kleine Fa-

milienbetriebe in der gesamten EU stellen traditionelle handwerkliche Produkte her, die in ihrer Region verwurzelt sind. Die Verordnung wird dazu beitragen, ihr Handwerk im EU-Binnenmarkt zu schützen und noch bekannter zu machen.“ Bislang galt in der EU ein spezieller Schutz für geografisch geschützte Angaben ([g.g.A.](#)) für landwirtschaftliche Erzeugnisse wie zum Beispiel Münchner Oktoberfestbier, Frankfurter Grie Soß, Peitzer Karpfen aus Brandenburg oder die Nürnberger Rostbratwurst.

[Geschütztes Handwerk](#)

■ ENERGIESICHERHEIT

Erster gemeinsamer Gaseinkauf der Mitgliedstaaten eingeleitet

Die EU-Kommission hat die erste internationale Ausschreibung für den gemeinsamen Gaseinkauf im Rahmen der EU-Energieplattform AggregateEU gestartet. Insgesamt beteiligen sich 77 europäische Unternehmen an dem Bieterverfahren über 11,6 Milliarden Kubikmeter Gas. Maroš Šefčovič, Vizepräsident der EU-Kommission, sagte: „Dies ist ein historischer Meilenstein, denn zum ersten Mal überhaupt nutzen wir das kollektive wirtschaftliche Gewicht der EU, um unsere Energiesicherheit zu erhöhen und die hohen Gaspreise zu senken.“

Die gemeinsame Energieplattform AggregateEU wurde auf Initiative der EU-Kommission im April 2022 eingerichtet, um nach Russlands Überfall auf die Ukraine die Gasversorgung der EU zu diversifizieren. Das Ziel: Durch einen gemeinsamen Gaseinkauf die Marktmacht zu bündeln und niedrigere Preise zu erzielen. „Es ist eindeutig ein Gewinn für die europäischen Kunden und die internationalen Lieferanten“, sagte Šefčovič.

[AggregateEU](#)

■ PROGNOSE

EU-Kommission rechnet mit leichtem Wachstum für Deutschland

Die EU-Kommission hebt ihre Wachstumsaussichten für Europa und Deutschland an. Nach der Frühjahrsprognose der Kommission wächst die Wirtschaft in diesem Jahr in der EU insgesamt um 1,0 Prozent und im kommenden Jahr um 1,7 Prozent, das sind 0,2 Punkte (2023) beziehungsweise 0,1 Punkte mehr als in der Winterzwischenprognose erwartet. Währungskommissar Paolo Gentiloni [erklärte](#) bei der Vorstellung des Frühjahrsgutachtens, die EU-Wirtschaft habe auch dank sinkender Energiepreise eine Rezession vermieden. Für [Deutschland](#) rechnet die EU-Kommission in diesem Jahr mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts

von 0,2 Prozent und 1,4 Prozent für das Jahr 2024. Die Arbeitslosenrate lag im März 2023 auf einem historischen Tiefstand von 2,8 Prozent. Die Inflation sinkt langsam. Nach dem Rekordwert von 7,6 Prozent im März rechnet die Kommission mit 6,9 Prozent im Laufe des Jahres, in Deutschland mit 6,8 Prozent. 2024 könnte die Inflation in Deutschland auf 2,7 Prozent sinken. „Die europäische Wirtschaft ist besser aufgestellt, als wir im vergangenen Herbst vorhergesagt hatten“, bilanzierte Gentiloni.

[Frühjahrsgutachten](#)

Von der Leyen sagt Ukraine Hilfen zu und erläutert neue Sanktionsrunde

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ist zum Europatag am 9. Mai in die ukrainische Hauptstadt Kiew gereist. Es war der fünfte Besuch der Kommissionspräsidentin in Kiew seit dem Beginn der russischen Invasion im Februar 2022. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Präsident Wolodymyr Selenskyj betonte von der Leyen: „Wir werden weiterhin alles in unserer Macht stehende tun, um Putins Kriegsmaschinerie und seine Einnahmen zu untergraben.“



Zum fünften Mal seit Kriegsbeginn besuchte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die ukrainische Hauptstadt.

© European Union, 2023

Zugleich hob die Präsidentin die symbolische Bedeutung des 9. Mai hervor, der künftig auch in der Ukraine als Europatag begangen wird. Der Tag stehe auch für Solidarität. „Eine Solidarität gewachsen aus den Lehren der großen Konflikte des 20. Jahrhunderts. Das ist der Geist unserer Demokratien“, sagte von der Leyen. Von der Leyen betonte die symbolische Bedeutung der Stadt: „Kiew als Hauptstadt der Ukraine ist das pulsierende Herz der europäischen Werte. Die Ukraine ist an vorderster Front, wenn es um die Verteidigung all dessen geht, was uns Europäerinnen und Europäern lieb und teuer ist: unsere Freiheit, unsere Demokratie, unsere Meinungs- und Gedankenfreiheit.“

EU BAUT MUNITIONSPRODUKTION AUS

In Kiew erläuterte von der Leyen auch Details der neuen Sanktionsrunde, über die die EU-Mitgliedstaaten beraten. Bei diesem Paket geht es vor allem darum, die Umgehung von Sanktionen zu bekämpfen. So ist vorgesehen, bestehende Restriktionen gegen Russland strenger umzusetzen und Umgehungen der Ausfuhrbeschränkungen über Drittstaaten, etwa für technische Güter wie Flugzugteile, konsequenter zu ahnden. „Wenn wir feststellen, dass Güter aus der Europäischen Union in Drittländer und dann weiter nach Russland verbracht werden, könnten wir den Mitgliedstaaten vorschlagen, diese Exporte mit Sanktionen zu belegen“, sagte von der Leyen. Erwogen werden auch Maßnahmen gegen Firmen aus Drittstaaten, die Russlands Angriffskrieg mit Warenlieferungen unterstützen. Von der Leyen betonte: „Dieses Werkzeug werden wir nur als letztes Mittel und nur mit größter Umsicht einsetzen. Zuvor muss eine sehr eingehende Risikoanalyse durchgeführt und die Genehmigung der EU-Mitgliedstaaten eingeholt werden.“

Von der Leyen sicherte dem ukrainischen Präsidenten auch die Unterstützung der EU bei der Versorgung mit Munition zu. Zuvor hatte

die Kommission eine Initiative vorgelegt, um die Herstellung von Munition in der EU auszuweiten. Angestrebt wird, 500 Millionen Euro bis 2025 bereitzustellen, weitere 500 Millionen Euro würden als Kofinanzierung von den Mitgliedstaaten kommen. Ziel ist es, die Lieferketten für die europäische Rüstungsproduktion zu stärken und befristete Regeln einzuführen, um Engpässe bei der Munitionsversorgung zu beheben.

Die EU unterstützt die Ukraine vielfältig bei der Rüstungsbeschaffung. So hatten die Mitgliedstaaten der EU dem Land auf dem März-Gipfel der Staats- und Regierungschefs die Lieferung von einer Million Schuss Artillerie-Munition zugesichert. Dazu stellt die EU 1 Milliarde Euro aus der Europäischen Friedensfazilität zur Verfügung. Der Fonds dient auch der Finanzierung von verteidigungspolitischen Maßnahmen.

BRETON BESUCHT DEUTSCHLAND

Breton besuchte das Hauptwerk des Unternehmens Rheinmetall im niedersächsischen Unterlüß. „Deutschland hat einen bemerkenswerten Wandel bei der Stärkung seiner Anstrengungen im Verteidigungsbereich und der Unterstützung der Ukraine gezeigt“, erklärte der EU-Kommissar. Für kooperative Forschungs- und Entwicklungsprojekte im Verteidigungsbereich stellt die EU-Kommission in diesem Jahr 1,2 Milliarden Euro im Rahmen des Europäischen Verteidigungsfonds bereit. Binnenmarktkommissar Thierry Breton erläuterte: „Indem wir die industrielle Produktion der EU im Verteidigungsbereich ausbauen, bauen wir auch die Zukunft unserer Verteidigung auf.“ (pr)

Ukraine-Besuch

Europäische Ausbildungsmission

Nach Russlands Überfall auf die Ukraine haben die EU-Mitgliedstaaten dem Land die Ausbildung ukrainischer Soldaten und Sanitätskräfte zugesagt: die EU-Ausbildungsmission für ukrainische Militärs – EU Military Assistance Mission Ukraine (EUMAM). Neben Polen wird ein Hauptquartier der Mission in Deutschland eingerichtet. In Deutschland erfolgt die Ausbildung unter anderem am Truppenübungsplatz in Munster in Niedersachsen. Am Standort Kletitz in Sachsen-Anhalt schulen Ausbilder aus Dänemark und Deutschland gemeinsam Soldaten aus der Ukraine, um das Land gegen die russische Armee zu verteidigen.

■ EU-ZOLLREFORM

Kommission stellt umfassendste Reform der EU-Zollunion seit deren Gründung vor

Die Kommission hat Pläne für die ehrgeizigste Reform der EU-Zollunion seit deren Gründung im Jahr 1968 vorgelegt. Die neue datengesteuerte Vision für den EU-Zoll wird die Zollverfahren für Unternehmen erheblich vereinfachen. So werden Zollmeldepflichten von Wirtschaftsbeteiligten gestrafft, indem beispielsweise die Abwicklung von Einfuhren weniger zeitaufwendig sein wird.

Eine neue, gemeinsame europäische Zollstelle, die bis 2028 aufgebaut wird, soll eine Datenbank erstellen, damit die Informationen zwischen den EU-Ländern schneller ausgetauscht werden können. Bei der Vorstellung der geplanten Zollreform in Brüssel sagte EU-Währungskommissar Paolo Gentiloni: „Unsere Vorschläge liefern eine neue datengesteuerte Vision für die Zollunion.“

Im Hinblick auf das steigende Handelsvolumen und die zunehmenden Zollabfertigungen an den EU-Außengrenzen erklärte Gentiloni: „Angesichts neuer Herausforderungen und Bedrohungen schaffen wir heute ein Instrument, um die Handelsströme zu beschleunigen und unsere wirtschaftliche Erholung zu unterstützen.“ Die neuen Regelungen sollen insbesondere den bürokratischen Aufwand und die Kosten für Unternehmen verringern sowie für mehr Transparenz und Sicherheit für die EU-Verbraucherinnen und -verbraucher beim Online-Kauf sorgen.

Das Zollpaket der EU-Kommission sieht unter anderem vor:

▶ **EU-Zollbehörde und Zolldatenbank:** Über eine neue, gemeinsame Zollbehörde mit einer zentralen Datenbank können die Zollbehörden der Mitgliedstaaten in Echtzeit Daten abrufen. Damit wird es einfacher, Warenladungen, die von einem EU-Staat abgewiesen wurden, auch in einem anderen Mitgliedstaat frühzeitig zu erkennen. Das erhöht auch den Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern vor der Einfuhr nichtsachgemäßer Waren und Produkte in die EU. Zudem können Lieferketten besser verfolgt und Engpässe frühzeitig aufgespürt werden.

▶ **Vereinfachung für Unternehmen:** Bei der Wareneinfuhr in die EU werden künftig alle Informationen über die Produkte wie Lieferketten und Ursprung in die Zolldatenbank eingespeist. Unternehmen müssen so ihre Zollinformationen für mehrere Sendungen nur einmal übermitteln. In bestimmten Fällen, in denen Geschäftsabläufe und Lieferketten vollkommen transparent sind, können vertrauenswürdige Händler – sogenannte Trust-&-Check-Händler – ohne Tätigwerden der Zollbehörden einführen.

▶ **Wegfall der Zollfreigrenze:** Auf Waren mit einem Wert von weniger als 150 Euro wurde bei der Einfuhr in den EU-Binnenmarkt bisher keine Abgabe erhoben. Das soll künftig wegfallen. Der EU fließen dadurch jährlich Zusatzeinnahmen von rund 1 Milliarde Euro zu. Die Abschaffung der 150-Euro-Schwelle für Zollgebühren



Die EU will unter anderem die Warenabfertigung beschleunigen.

© picture alliance/Jochen Tack

wird nach Ansicht von Gentiloni nicht zu einer Verteuerung der Waren im Online-Handel führen. Es handle sich um geringe Beträge, die möglicherweise auch durch die Online-Plattformdienste übernommen werden könnten, erklärte der EU-Kommissar. Die Zollbefreiung von Waren unter 150 Euro, die bisher gilt, wird von Betrügern stark ausgenutzt.

▶ **Online-Handel:** Der elektronische Warenverkehr im EU-Binnenmarkt wird modernisiert. Im Unterschied zum bestehenden System soll in Zukunft die Verantwortung bei den Online-Händlern und nicht mehr bei den Verbrauchern liegen. Die Online-Plattformen müssen sämtliche Zollverpflichtungen erfüllen, wenn Waren aus Drittstaaten in die EU eingeführt werden.

Die EU-Kommission geht davon aus, dass bis 2028 in allen EU-Staaten etwa 117 nationale IT-Systeme durch die neue EU-Zolldatenbank ersetzt werden. Dies bedeute eine Ersparnis von 1 Milliarde Euro für die Mitgliedstaaten. „Die Unternehmen sparen durch die Vereinfachungen Zeit und Geld im Volumen von 2,7 Milliarden Euro pro Jahr“, sagte Währungskommissar Gentiloni.

Die Zollunion unter den Mitgliedstaaten gilt seit 1968. Für die Abfertigung der Kontrollen sind die Mitgliedstaaten zuständig, der Austausch unter den EU-Ländern war aber bislang unzureichend. Die Stärkung der Zollunion zählt zu den Schwerpunkten der EU-Kommission von Präsidentin Ursula von der Leyen. Sie hatte bereits in ihren politischen Leitlinien festgestellt: „Es ist an der Zeit, die Zollunion auszubauen, indem wir sie auf eine breitere Grundlage stellen. Auf diese Weise können wir unsere Bürgerinnen und Bürger und den Binnenmarkt besser schützen.“ Im Jahr 2020 stellte die EU-Kommission einen Aktionsplan zur Zollunion vor. Als ein Element wurde 2021 der Start für die Einführung des neuen Einfuhrkontrollsystems ICS2 eingeführt, das eine bessere Analyse der Warenströme erlaubt. (aul)

Moderne Zollverfahren

Europäisches Vorzeigeprojekt zur Batteriezellenproduktion startet 2025

In Kaiserslautern kommt viel in Bewegung. Matthieu Hubert sagt: „Wir arbeiten an etwas komplett Neuem.“ Hubert arbeitet für den deutsch-französischen Batteriehersteller ACC in Paris. Das Neue, das ACC vorantreibt, liegt nur gut zwei ICE-Stunden von Frankreichs Hauptstadt entfernt: eine Batteriefabrik für E-Autos im rheinland-pfälzischen Kaiserslautern. Das Besondere: Der nachhaltige Ansatz, denn die neue Anlage entsteht auf Teilen des früheren Motorenwerks des Autoherstellers Opel.



Vom Motor zur Batterieherstellung:
Erste Fachkräfte werden bei ACC
schon angeleitet

© ACC

TEIL DER EUROPÄISCHEN BATTERIE-ALLIANZ

Die EU-Kommission treibt diese Entwicklung mit voran. Bereits 2017 wurde die Europäische Batterie-Allianz aufgelegt, mit dem Ziel, Forschung und Fertigung in Europa rund um die Batterietechnologie zu bündeln und strategische Autonomie zu erreichen. Die Kommission stuft die neue Fabrik in Kaiserslautern zudem als wichtiges Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse ein – Important Project of Common European Interest – kurz IPCEI.

Die Klassifizierung der EU-Kommission erlaubt eine weitreichende staatliche Förderung unter bestimmten Voraussetzungen, wie etwa eine Einbeziehung mehrerer EU-Staaten sowie die Unterstützung von übergeordneten Zielen der europäischen Politik wie dem europäischen Grünen Deal. Margrethe Vestager, Exekutiv-Vizepräsidentin der EU-Kommission und zuständig für Wettbewerbspolitik, erläutert: „Unsere Beihilfevorschriften für wichtige Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse ermöglichen es den Mitgliedstaaten und der Industrie, gemeinsam in bahnbrechende Innovationen und in Infrastrukturen zu investieren. Dies geschieht, wenn die Marktkräfte allein nicht ausreichen, weil die Risiken für einen einzelnen Mitgliedstaat oder ein einzelnes Unternehmen zu groß sind.“ Matthieu Hubert vom Batteriehersteller ACC ergänzt: „Die eigenständige Batterieproduktion stärkt die strategische Autonomie der europäischen Automobilindustrie.“

WEITERBILDUNG DER BESCHÄFTIGTEN

Der Batteriehersteller ACC ist ein Gemeinschaftsunternehmen des Opel-Mutterkonzerns Stellantis, des französischen Energiekonzerns TotalEnergies und des deutschen Autobauers Mercedes-Benz. Das europäische Startup setzt auf neue Technologien – und auf vorhandene Qualitäten. Die neue Batteriefabrik sucht gezielt die Nähe zum Opel-Motorenwerk in

Neue Mobilität

Die EU-Kommission unterstützt den Aufbruch in eine klimafreundliche Mobilität in Deutschland, etwa den Ausbau der Elektromobilität oder den Einsatz alternativer Kraftstoffe wie Wasserstoff. So genehmigte die Kommission zu Jahresbeginn die Gründung von Hypion, einem Gemeinschaftsunternehmen des Energieversorgers EDF Deutschland und Hansewerk, einer Tochter des Energieunternehmens Eon. Das Start-up baut bis Sommer 2023 im schleswig-holsteinischen Neumünster die Pilot-Anlage einer Wasserstoff-Tankstelle für den Schwerlastverkehr. Zudem billigte die EU-Kommission ein Vorhaben der Bundesregierung, den Ausbau der Ladeinfrastruktur in Deutschland mit 1,8 Milliarden Euro zu fördern.

Kaiserslautern. ACC baut auf das Wissen der Belegschaft. Erste Beschäftigte für das neue Werk sind bereits angestellt, sie werden in der ACC-Pilotanlage im französischen Nersac geschult. Weiterbildung lautet die Devise. Auch neue Ausbildungspläne für das neue Berufsbild zwischen Chemikant und Mechatroniker werden entwickelt. Bis zu 2000 Beschäftigte sollen später allein im ACC-Werk in Kaiserslautern arbeiten. Sie kommen überwiegend vom ehemaligen Opel-Werk. Europas Autoindustrie wandelt sich. Die Beschäftigten bleiben. Die Weiterbildung macht's.

NEUES INDUSTRIE-CLUSTER

Die Automobilindustrie steckt im Umbruch. Von 2035 an werden in der EU vorrangig Neuwagen zugelassen, die auf Elektroantrieb setzen. Das IPCEI-Vorhaben in Kaiserslautern spielt dabei eine entscheidende Rolle. Von 2025 an sollen die ersten Batterien aus der Pfalz ausgeliefert werden, bis 2030 sollen jährlich rund 800.000 Neuwagen mit Batterien aus dem neuen Werk versorgt werden.

Die Gigafactory in der Pfalz wird zum Motor für den Wandel. Und der Wandel treibt die Region. Im benachbarten Saarland ist bereits das nächste IPCEI-Projekt angelaufen. Dort baut das US-Unternehmen Wolfspeed gemeinsam mit dem deutschen Autozulieferer ZF eine neue Chip-Fabrik. Auch dieses Vorhaben stuft die Kommission als IPCEI-Projekt ein. Zudem setzt die Kommission auf Halbleiter aus Europa. Das europäische Chip-Gesetz der Kommission hat das Ziel, Europas Anteil an der Halbleiter-Herstellung bis 2030 auf 20 Prozent der Welt-Produktion zu verdoppeln. Matthieu Hubert vom Batterieproduzent ACC sagt: „Die Region wird ein neues innovatives Cluster der Automobilindustrie.“ (pr)

Batteriefabrik

Europa in Zahlen

17,7

Prozent weniger Erdgas haben Unternehmen und Haushalte in der EU zwischen August 2022 und März 2023 verbraucht. Das hat die europäische Statistikbehörde Eurostat ermittelt. Am stärksten sank der Verbrauch in Finnland (minus 55,7 Prozent), Litauen (minus 40,5 Prozent) und Schweden (minus 37,2 Prozent).

Deutschland liegt mit freiwilligen Gaseinsparungen von 15,6 Prozent im europäischen Mittelfeld. Die EU-Kommission hatte im vergangenen Jahr eine freiwillige *Verringerung* des Gasverbrauchs um 15 Prozent vorgeschlagen.

Energieeinsparungen

Terminvorschau

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 23.05.2023 19.00 Uhr	„Green Skills – Neues Wissen für eine sich ändernde Welt“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europe direkt, Europa-Union Groß-Gerau	Schloss Dornberg Hauptstraße 1 64521 Groß-Gerau	https://beteiligungsportal.hessen.de/portal/rpda/beteiligung/themen/1001500
> 24.05.2023 19.00–20.30 Uhr	„Mein Europa – Deutsch-französische Freundschaft“ Informationsveranstaltung Veranstalter: EUROPE DIRECT Aachen	Online	www.europedirect-aachen.de/component/eventbooking/mein-europa/mein-europa-deutsch-franzoesische-freundschaft
> 24.05.2023 16.00/19.00 Uhr	„LUX-Filmveranstaltungen 2023“ Kinovorführungen Veranstalter: Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland, Europa-Union Bonn-Rhein-Sieg	Kino Neue Filmbühne Friedrich-Breuer-Straße 68-70 53225 Bonn	https://germany.representation.ec.europa.eu/events/aufakt-europaisches-jahr-der-kompetenzen-wie-sieht-die-umsetzung-deutschland-aus-2023-05-24_de
> 26.05.2023 16.00–17.00 Uhr	„Herausforderung in Europa“ Gastvortrag Rainer Wieland, MdEP – Präsident der Europa-Union Veranstalter: Europa-Union Bad Pyrmont	Rathaus Bad Pyrmont Rathausstraße 1 31812 Bad Pyrmont	www.europa-union-bad-pyrmont.de/aktuelles/termine
> 30.05.2023 18.30–20.30 Uhr	„Cinema Europa: Energie“ Kulturprogramm Veranstalter: EuropaPunktBremen	EuropaPunktBremen Am Markt 20 28195 Bremen	www.europatermine.de/europatermine/termin/28944
> 30.05.2023 19.00–21.00 Uhr	„Großes Vorbereitungstreffen für die 3. Europäische Bürgerbegegnung 2024 in Kassel“ Informationsveranstaltung Veranstalter: Europa-Union Kassel	Rathaus Kassel Obere Königsstraße 8 34117 Kassel	www.europa-union-kassel.de/aktuelles/termine
> 01.06.2023 19.30–21.00 Uhr	„Russlands Angriffskrieg und seine Bedeutung für Europa. Eine Zwischenbilanz“ Vortrag Veranstalter: Europa Union KV Schlüchtern Gelnhausen	Altes Landratsamt Gartenstraße 5-7 36381 Schlüchtern	www.europa-akademie-schluechtern.de/

>> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [<< https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de >>](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de)

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2023

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn

Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22

E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Birgit Schmeitzner, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)

Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24

• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



■ HEXEN FÜR EUROPA

Neues EU-Online-Spiel für deutsche Schulen

Hexen und Hexer, Vampire, Naturgeister, Drachenreiterinnen – für eine Unterrichtsstunde abtauchen in die Fantasiewelt „Nafasia“ und dabei lernen, wie deren buntgemischte Bevölkerung sich auf Gesetze einigen kann: Das ermöglicht das neue Online-Spiel „Fabulous Council“ für Schülerinnen und Schüler im Alter von 13 und 14 Jahren. Zum bundesweiten EU-Schulprojekttag am Montag, 22. Mai, hat es seine Deutschland-Premiere.

Jörg Wojahn, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland sagte: „Die Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse können im nächsten Jahr bei der Europawahl erstmals wählen. Daher möchten wir ihnen und allen ihrer Altersgruppe mit ‚Fabulous Council‘ veranschaulichen, wie Konsensfindung in einer Demokratie funktioniert und ihnen zeigen, wie wichtig ihre Stimmabgabe bei der Europawahl im Frühjahr 2024 ist.“ „Fabulous Council“ ist bundesweit das erste Projekt eines Online-Spiels für den Unterricht, das die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland gemeinsam mit den 16 Bundesländern entwickelt hat.

[Online-Game](#)



© European Union, 2023

■ PREISE ZUM NEUEN EUROPÄISCHEN BAUHAUS

Öffentliche Abstimmung gestartet

Nach der Bewertung von über 1.400 Bewerbungen durch unabhängige Experten wurden 61 Finalisten des Neuen Europäischen Bauhaus-Preises ausgewählt. Insgesamt 15 Preise sind für Projekte und Ideen in vier Kategorien ausgeschrieben: „Rückbesinnung auf die Natur“, „Wiedererlangung eines Zugehörigkeitsgefühls“, „Vorrang für Orte und Menschen, die Unterstützung am stärksten benötigen“ sowie „Förderung einer langfristigen, auf den Lebenszyklus ausgerichteten und integrierten Denkweise im industriellen Umfeld“.

Zwölf Gewinnerinnen oder Gewinner werden durch eine Jury und drei durch eine öffentliche Abstimmung ausgewählt. Die öffentliche Abstimmung steht allen Interessierten offen. Die feierliche Bekanntgabe der Gewinner findet am 22. Juni statt. Eine Stimmabgabe für die inspirierendsten Projekte und Ideen ist bis zum 24. Mai möglich.

[Abstimmung zum Bauhaus-Preis](#)

■ „DIE EU – DAS BIST DU!“

Kommissionsvertretung startet Tour zu Kinder- und Familienevents

Die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland ist zwischen Mai und September 2023 bei elf Kinder- und Familienevents in Deutschland im Rahmen einer Tour von Radio TEDDY, dem Kinder- und Familienradio, dabei. Auftakt der „Radio TEDDY-Tour“ ist das OKiDOKi Kinderfest, das am Samstag und Sonntag, den 20. und 21. Mai, am Schloss Charlottenburg in Berlin stattfindet.

„Die EU – das bist du! Das ist unser Motto“, sagte Jörg Wojahn, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland vor dem Start der Tour. „Damit möchten wir Kindern und Familien zeigen, dass die Europäische Union nicht irgendwo in Brüssel stattfindet, sondern viel näher und greifbarer ist, als sie vielleicht denken. Zusammen mit Radio TEDDY wollen wir den jungen Radio-Hörerinnen und -Hörern die Vielfalt Europas zeigen und ihnen die EU ein Stück näherbringen.“

[Alle Termine der Radio TEDDY-Tour](#)

17.05.2023 EU-NACHRICHTEN #09/2023

■ DISCOVEREU

Über 6.000 Tickets gehen nach Deutschland

Von Juni 2023 bis September 2024 können mit DiscoverEU 6.072 18-Jährige aus Deutschland gratis mit dem Zug durch Europa reisen und den Kontinent kennenlernen. Europaweit haben 35.324 junge Menschen einen Travel-Pass bekommen. Bevor es losgeht, bereiten die nationalen Agenturen von Erasmus+ die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer bei Info-Veranstaltungen auf ihre Reise vor. Im Nachgang zum Europäischen Jahr der Jugend bieten die nationalen Agenturen DiscoverEU-Meet-ups – abwechslungsreiche Kulturprogramme von einem bis drei Tagen Dauer – in allen Erasmus+-Ländern an.

Das Jugendinformationsnetzwerk Eurodesk beantwortet alle Fragen zu DiscoverEU und informiert auch über Alternativen. Eurodesk Deutschland hat ein Infoblatt über DiscoverEU und über weitere Reiestipendien für junge Menschen produziert. Die Infoblätter können [hier](#) kostenlos angefordert werden.

[DiscoverEU](#)



© European Union, 2023